

FÜR EINE BESSERE WELT?
LINKSEXTREMISTISCHE
ARGUMENTATIONSMUSTER

JÜRGEN P. LANG



Gefördert vom
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-94-6

INHALT

5	VORWORT
8	EINLEITUNG
11	„DER KAPITALISMUS IST AN ALLEM SCHULD“
14	„DAS SYSTEM MUSS WEG“
17	„FREI IST NUR, WER ES SICH LEISTEN KANN“
20	„GELD IST GENUG DA, ES IST NUR UNGERECHT VERTEILT“
23	„DER BÜRGERLICHE STAAT IST EIN INSTRUMENT DES KAPITALS“
27	„DIE DEMOKRATIE IST NUR VON RECHTS BEDROHT“
30	„DIE DDR WAR EIN LEGITIMER STAAT“
33	„KRIEG LÖST KEIN PROBLEM“
35	„GEWALT IST EIN LEGITIMES MITTEL“
38	SCHLUSSBETRACHTUNG
41	DER AUTOR
41	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Eine Demokratie ist wie keine andere Staatsform auf die Akzeptanz und die Teilhabe ihrer Bürger angewiesen. Ihr Wesensmerkmal ist dabei nicht nur die Anerkennung demokratischer Mehrheitsentscheidungen, sondern auch die Toleranz gegenüber politischen Ansichten, die nicht mehrheitsfähig sind. Meinungsfreiheit und Toleranz müssen allerdings dort ihre Grenzen haben, wo sie missbraucht werden, um menschenverachtende Ideologien zu verbreiten die darauf ausgerichtet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen.

Abgeleitet aus den spezifischen Erfahrungen der Weimarer Republik haben daher die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes neben der Ewigkeitsklausel für wesentliche Grundrechte und Formen des Staatsaufbaus unter dem Begriff der streitbaren Demokratie auch Instrumentarien geschaffen, sich gegen diejenigen zur Wehr setzen zu können, die die Demokratie abschaffen wollen. Dazu zählt unter anderem die Möglichkeit, Parteien- und Vereinigungen zu verbieten, dies kann allerdings nur in Ausnahmefällen geschehen. Die rechtlichen Hürden dafür sind – und das aus gutem Grund – sehr hoch. Um so wichtiger und entscheidender für die Sicherung unserer Demokratie ist es daher, Bürgerinnen und Bürger gegen extremistisches und damit demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut zu immunisieren. Dafür ist die Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, ihren Strategien sowie die Aufklärung über ihre Ziele unverzichtbar.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sieht hierin von Beginn an eine wesentliche Aufgabe ihrer politischen Bildungsarbeit. Die geistige Auseinandersetzung mit totalitären Ideologien als Antipode zur offenen Gesellschaft der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist ein Kernanliegen der KAS seit 1956. Im Kontext der wehrhaften

Demokratie beschäftigt sich die KAS jährlich in rund 80 Veranstaltungen mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen des Extremismus und seinen aktuellen Auswirkungen in Deutschland; und zwar in seiner rechten, linken und islamistischen Ausprägung.

Die Konrad-Adenauer Stiftung hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Studien und Publikationen zum Rechtsextremismus vorgelegt. Dank eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegten Programms zur Linksextremismusprävention konnte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung noch intensiver mit dem Phänomen des Linksextremismus befassen, um Präventionsmaßnahmen für die politische Bildungsarbeit zu entwickeln. Dabei sind vielfältige Herausforderungen zu bewältigen.

Eine Herausforderung liegt darin, dass es in der Bundesrepublik einen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens darüber, dass Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung der Demokratie darstellt, nicht gibt. Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten. Die grundsätzlichen Herausforderungen eines Präventionsprojekts gegen Linksextremismus erstrecken sich aber nicht nur darauf, sondern sie liegen auch in der noch unzureichenden sozialwissenschaftlichen Erforschung dieses Phänomens. So sind z. B. bisher weder die Argumentationsschemata noch die Rekrutierungsformen, mit denen Jugendliche für den Linksextremismus gewonnen werden, ausreichend erforscht und bekannt. Auch gibt es bisher nur wenig wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, welche Milieus der Linksextremismus anspricht.

Um eine nachhaltige Prävention bei Jugendlichen gegen linksextremistische Ideen und gegen linksextremistisches politisches Handeln zu bewirken ist es notwendig, über den demokratiegefährdenden Charakter des Linksextremismus aufzuklären – wie Linksextremismus sich organisiert, wie er argumentiert, welche Wirkungen er erzielt und welches Staats- und Herrschaftsverständnis ihm zu Grunde liegt.

Ziel unseres Projektes ist es daher auch, einen ersten Beitrag zur Schließung der vorhandenen Forschungslücken zu leisten. Dazu werden nicht nur wissenschaftliche Studien erstellt, die auf unterschiedliche Facetten der Thematik eingehen, sondern auch jugendgerechte Formate für die politische Bildung mit der Zielstellung entwickelt, über Linksextremismus

aufzuklären und die demokratischen Handlungskompetenzen bei Jugendlichen insgesamt zu stärken.

Die vorliegende Veröffentlichung wurde im Rahmen des Projektes erstellt. Sie setzt sich anhand ausgewählter Beispiele mit Argumentationsmustern im Linksextremismus auseinander und liefert wesentliche Erkenntnisse, die insbesondere für die Linksextremismusprävention im Rahmen der politischen Bildung hilfreiche Einblicke liefert.

Wesseling / Wendgräben, im Juni 2012

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ronny Heine
Projektleiter

EINLEITUNG

So manches Gespräch mit ideologisch denkenden Menschen hinterlässt das peinliche Gefühl, von den Argumenten des Gegenübers überrollt worden und mit den eigenen Argumenten abgeprallt zu sein. Links- und Rechtsextremisten, Fundamentalisten und Sektenangehörigen ist eines gemein: Sie verfügen über ein geschlossenes, festgefügtes Weltbild. Damit einher geht die Neigung, lieber die Realität zurechtzubiegen als das Ideologiegebäude ins Wanken zu bringen. Deshalb verwenden Extremisten viel Zeit, Energie und Intelligenz darauf, zu jedem Problem gleich eine Lösung, zu jeder Kritik gleich die passende Antwort parat zu haben. Ein großes Sendungsbewusstsein geht einher mit der suggestiven Kraft eines in sich logisch erscheinenden Konstrukts der Welterklärung.

Ohne den Anspruch der Vollständigkeit zu erheben, befasst sich diese Studie mit typischen Argumentationsmustern von Linksextremisten. Es geht darum, deren ideologischen und historischen Hintergrund zu beleuchten und die Stichhaltigkeit aus demokratischer Sicht zu überprüfen. Jeder politisch interessierte Mensch ist schon einmal auf eines dieser Argumente gestoßen – und nicht immer ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass sie der Ideologie von Antidemokraten entsprungen sind. Dies gilt zumal dann, wenn Linksextremisten Forderungen von (linken) Demokraten für sich vereinnahmen. In ihren Zielen jedoch schließen sie einander kategorisch aus: Während linke Demokraten auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaats agieren, sehen Linksextremisten gerade in dessen Beseitigung die vermeintlich simple Lösung aller Probleme. Jene verbinden mit „Kapitalismus“ ein Wirtschaftssystem, das sozialen Maßstäben angepasst werden müsse. Diese sehen im „Kapitalismus“ ein Herrschaftssystem, das es zu bekämpfen gelte. Linksextremistische Ideologien konstruieren ein klares Feindbild. Ihm liegt der strikte und allumfassende Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu Grunde. Dem gegenüber spielt der für ein freiheitliches Gemeinwesen kardinale Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur bei ihnen keine Rolle.

Der Begriff des Linksextremismus umfasst alle Personen und Organisationen, die sich radikal-egalitären Vorstellungen verpflichtet fühlen und aus diesem Grund die Werte und Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates ablehnen. Die politische Utopie von Linksextremisten ist eine Gesellschaft, in der es keine sozial-ökonomische oder politische Ungleichheit unter den Menschen mehr gibt. Dies kann entweder eine „klassenlose“ Gesellschaft sein, wie sie Kommunisten propagieren, oder eine „herrschaftslose“, wie sie anarchistisches Denken zum Ziel hat. Ein wesentlicher Unterschied zum Rechtsextremismus besteht darin, dass sich Linksextremisten auf demokratische oder liberale Ideen berufen, ihnen aber eine neue Bedeutung geben. Von dieser Uminterpretation wird noch die Rede sein.

Die Studie möchte die unterschiedlichen Spielarten des Linksextremismus keineswegs über einen Kamm scheren. Doch die Konzentration auf die zentralen Argumentationsmuster erfordert eine gewisse Verallgemeinerung. Im Zentrum stehen kommunistische, hauptsächlich von der Ideologie des Marxismus-Leninismus geleitete Denkmuster. Aber auch reformsozialistische Ansätze, die zum Beispiel in der Partei *Die Linke* vertreten werden und keineswegs über jeden Extremismusverdacht erhaben sind,¹ werden berücksichtigt. Die Frage der Anwendung von Gewalt ist ein wichtiges Diskussionsthema in linksextremistischen Kreisen. An diesem Punkt werden der Linksterrorismus und die hauptsächlich für Jugendliche attraktiven, sogenannten Autonomen einbezogen.

Auch diese Studie argumentiert – jedoch nicht politisch „gegen links“, sondern normativ gegen Extremismus. Sie ist geleitet von der Überzeugung, dass bei allen Problemen nur ein freiheitliches System ein menschliches Zusammenleben ohne Unterdrückung gewährleistet und zu von einer Mehrheit getragenen politischen Entscheidungen führt. Keinesfalls soll hier nach der Art eines verbalen Standgerichts mit dem Linksextremismus abgerechnet werden. Wer ihn bekämpfen will, muss seine Argumente ernst nehmen und sollte nicht ignorieren, dass es auch Antidemokraten sein können, die Probleme in der Gesellschaft aufzeigen. Er sollte sich gerade als Demokrat bewusst sein: Es sind keine „niederen Beweggründe“, die Linksextremisten antreiben. Oft stecken Wut und Verzweiflung über die Missstände in der Welt dahinter. Sie verleiten dazu, radikale Auswege und vermeintlich einfache Erklärungen zu suchen. Die Flucht in die Ideologie liegt oft näher als der steinige Weg demokratischer Auseinandersetzung. Dabei wähnen sich Linksextremisten auf der mora-

lich richtigen Seite und verweisen darauf, eine menschliche Gesellschaft der Freien und Gleichen anzustreben. Doch die Geschichte hat gezeigt: Die Verwirklichung solcher Utopien führt in die Sackgasse der Diktatur.

- 1| Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmwurf der Partei „Die Linke“ (2010)*, in: *liberal*, September 2010, S. 28-31; Eckhard Jesse / Jürgen P. Lang, *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008.

„DER KAPITALISMUS IST AN ALLEM SCHULD“

„Kapitalismus“ verursache Armut, Elend, Hunger Umweltzerstörung und Krieg: Linksextremistische Ideologieentwürfe zeichnen ein wahres Horrorszenario, das im „Kapitalismus“ die ausschließliche Ursache aller sozialen, ökologischen und politischen Probleme sieht. So heißt es im Programm der DKP von 2006: „Ein würdiges Leben für alle Menschen wäre möglich. Zugleich könnte die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten werden“¹ – wenn nur der Kapitalismus nicht wäre. Und im Grundsatzprogramm der Partei *Die Linke* von 2011² ist die Rede davon, dass es unter kapitalistischen Bedingungen keinen Raum für Demokratie gebe, dass „Unfreiheit“ herrsche, Menschen „entrechtet“ seien, „ausgebeutet“ und „entmündigt“.

Wenn Linksextremisten vom „Kapitalismus“ sprechen, meinen sie ein Herrschaftssystem, das im Grunde lediglich einen Zweck erfüllt, nämlich die Profite der „Kapitalisten“ zu sichern und zu vermehren. Selbstverständlich kann „der Kapitalismus“ als Wirtschaftssystem in bestimmten Ausprägungen zu gesellschaftlichen Verwerfungen, Ungerechtigkeiten und Krisen führen. Doch Linksextremisten differenzieren hier nicht. Für sie ist „Kapitalismus“ eine Pauschalbezeichnung für ganz unterschiedliche Formen der Wirtschaft und Gesellschaft. So rubrizieren sie zum einen sowohl Diktaturen (wie der Nationalsozialismus) als auch Demokratien

(wie die der Bundesrepublik) unter den Kapitalismusbegriff. Zum anderen blenden sie „die offensichtlichen Interessenkonflikte zwischen Akteuren auf dem Finanz- und Kapitalmarkt [...] und gegenläufigen im politischen System einer pluralistischen Gesellschaft [...] weitgehend aus.“³ Die Offenheit einer freien Gesellschaft, in der alle, auch nicht am Profit orientierten gesellschaftlichen Interessen die Chance haben, politisch wirksam zu werden, wird ignoriert. Differenzierungen sind Linksextremisten auch in ökonomischer Hinsicht fremd: Die soziale – keineswegs rein kapitalistische – Marktwirtschaft wird ebenso verteufelt wie links-demokratische Kräfte (etwa SPD und Grüne) entsprechend als Erfüllungsgehilfen des Kapitals dastehen.

Diese kategorische Sichtweise erfüllt einen ideologischen Zweck, und zwar auf dreierlei Weise: Erstens propagieren Linksextremisten eine Totalität des Kapitalismus, um einen Systemgegensatz konstruieren zu können: Die als „kapitalistisch“ gebrandmarkte Demokratie soll möglichst im Weltmaßstab abgelöst werden durch eine „sozialistische“ Gesellschaft. Zwischen beiden Systemen gibt es aus linksextremistischer Sicht keine Überschneidungen; sie schließen einander aus. Zweitens generieren Linksextremisten ein Alleinstellungsmerkmal: Nur sie selbst seien wahrhaft „antikapitalistisch“. Alle anderen – auch linken – politischen Kräfte werden somit unterschiedslos als Gegner abqualifiziert. Diese Konstruktion eines kruden Feindbildes ist der dritte ideologische Zweck: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die quasi-religiöse Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“ ist für Linksextremisten konstitutiv. Solche Immunisierungsstrategien machen blind für Gegenargumente.

Dabei sind sozialistische Systeme als propagierter Gegenentwurf zum „Kapitalismus“ bislang den Beweis schuldig geblieben, die Probleme der Menschen und der Menschheit zu lösen, im Gegenteil: Waffenhandel betrieben diese Länder – in denen Pazifisten im Übrigen als Renegaten galten – genauso wie kapitalistische; soziale Gleichheit herrschte trotz aller Versuche, sie auf Kosten der Freiheit durchzusetzen, auch in der DDR nicht; und Umweltzerstörung im Dienste des „Fortschritts“ war dort kein Problem. Vor 1989 führten alle – meist ängstlich wieder abgebrochenen – Versuche, die verknöcherten staatssozialistischen Systeme leistungsfähiger und offener zu machen, unweigerlich zu mehr Marktwirtschaft. Und hätte nicht auch der „Prager Frühling“ 1968 Demokratie und soziale Marktwirtschaft zur logischen Folge gehabt, wenn nicht sowjetische Panzer den Willen einer Mehrheit der Tschechoslowaken im

Keim erstickt hätten? Aufrechnen hilft indes in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus nur bedingt weiter. Denn demokratische Systeme sind keineswegs perfekt. Aber man kann sie verbessern. Wer dagegen von vornherein für sich beansprucht, „die Wahrheit“ erkannt zu haben, löst keine Probleme. Demokratie lebt von politischem und gesellschaftlichem Streit, der zu Entscheidungen führt. Die Alternative wäre eine Diktatur, in der Irrwege nicht als solche benannt werden dürfen, weil keine abweichende Meinung gebilligt wird.

- 1| *Hier und im Folgenden zit. n.: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschluss der 2. Tagung des 17. Parteitags der DKP, 8. April 2006.*
- 2| *Hier und im Folgenden zit. n.: Programm der Partei DIE LINKE. Beschlossen auf der 2. Tagung des 2. Parteitags der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, Manuskript.*
- 3| *Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 54.*

„DAS SYSTEM MUSS WEG“

Linksextremisten sehen einen einzigen Ausweg: Die Ablösung sogenannter kapitalistischer Systeme durch eine „sozialistische“ Gesellschaftsordnung. „Wir stellen die Systemfrage“ – mit diesen Worten ließen sich vor Jahren Lothar Bisky und Oskar Lafontaine auf dem vielumjubelten Gründungsparteitag der *Linken* vernehmen – und sie meinen nicht allein das Wirtschaftssystem. Das Wort „Revolution“ nimmt zwar heutzutage kaum ein Linksextremist mehr ohne weiteres in den Mund. Doch geblieben ist der Anspruch, den demokratischen Verfassungsstaat durch ein fundamental anderes System zu ersetzen.

Entsprechend steht im DKP-Programm: „Das Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei, der Sozialismus, ist die grundlegende Alternative zum Kapitalismus.“ Es wird unterstellt, dass freiheitliche Demokratien – angeblich dem Diktat des Kapitals unterworfen – nicht oder nur bedingt von sich aus wandelbar sind und deshalb allein ein Umsturz in Frage kommt. *Die Linke* konstatiert in ihrem Grundsatzmanifest, man kämpfe „in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“ In diesem Verständnis sind Reformen innerhalb eines demokratischen Verfassungsstaates allenfalls ein Mittel, um mit der bestehenden Gesellschaft zu brechen. Dies ist offen-

sichtlich nicht ausschließlich die Auffassung „orthodoxer“ Marxisten-Leninisten. Auch die „Erneuerer“ in der Linken wollen explizit „die Grenzen einer antinomischen Sicht auf Reform und Revolution“¹ überwinden. Sie knüpfen dabei an die Kommunistin Rosa Luxemburg an, die eine „revolutionäre Realpolitik“² propagierte: Kleine Veränderungen im Rahmen der Demokratie sollten zum Umsturz beitragen.

Dabei sind Reform und Revolution historisch betrachtet zwei gegensätzliche Begriffe, hinter denen die Entscheidung für eine soziale Demokratie oder eine sozialistische Diktatur steht. Der Streit darüber führte unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, als der revolutionäre Flügel der SPD um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die KPD gründete. Luxemburg hatte sich schon viele Jahre zuvor mit dem sozialdemokratischen Theoretiker Eduard Bernstein eine heftige Auseinandersetzung geliefert, die als „Revisionismusstreit“ in die Geschichte einging. Bernstein, für den im Gegensatz zu Luxemburg Demokratie und Parlamentarismus ein Wert an sich waren, erwies sich als besserer Visionär als Karl Marx, indem er dessen Prognosen revidierte: Der Kapitalismus, der keineswegs zur „Verelendung“ der Lohnabhängigen führe, werde nicht an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen.³ Dies war bei Marx die Voraussetzung einer Revolution. Umbrüche, die sich auf das Endziel des kommunistischen Paradieses richteten, verwarf Bernstein als unerreichbare Utopien. Ohnehin würden Revolutionen, wie Marx sie sich vorstellte, nicht stattfinden. Nicht einmal das Proletariat, geschweige denn breite Volksmassen stünden mehrheitlich hinter ihnen. Deshalb könne es nur den ständigen Kampf um Reformen im Rahmen einer demokratischen Republik geben.

Bernstein sollte Recht behalten. Als der russische Revolutionär Lenin nach dem Herbst 1917 merkte, seine Bolschewiki würden die Mehrheit im Volk nicht gewinnen können, jagte er die Verfassungsgebende Versammlung auseinander und zog gegen alle Andersdenkenden in den Bürgerkrieg. Die „Oktoberrevolution“ war am Ende ein Putsch. Einmal an der Macht, sind Linksextremisten nicht bereit, diese wieder herzugeben. Dass dabei in Russland Andersdenkende zu tausenden liquidiert wurden, war auch für Rosa Luxemburg nicht mehr als ein Kollateralschaden – was im Übrigen ihren geflügelten Worten „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ Hohn spricht. Anders als Bernstein stritt Luxemburg für eine Diktatur des Proletariats. Nicht ein „parlamentarischer Mehrheitsbeschluss“, sondern „einzig der Hammerschlag der Revo-

lution“ werde ihr den Weg bahnen. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckte sie auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurück, der lediglich eine andere Bezeichnung des Klassenkampfes sei.⁴ Wer sich – wie *Die Linke* – unter Berufung auf Rosa Luxemburg und in bewusster Abgrenzung zu Bernstein „Reformen“ verschrieben haben will, gibt zu erkennen, dass er in Wahrheit auf eine Ablösung des demokratischen Verfassungsstaates durch eine sozialistische Gesellschaft aus ist. Unausgesprochen bleibt dabei meist, dass bislang alle sozialistischen Revolutionen in die Diktatur führten. Eine Diktatur, die das Paradies auf Erden verspricht, für das jedoch nicht wenige durch die Hölle gehen.

- 1| Dieter Klein, *Vermutungen über einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, in: Michael Brie / Richard Detje / Klaus Steinitz (Hrsg.), *Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert. Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien*, Hamburg 2011, S. 196.
- 2| Vgl. Michael Brie (Hrsg.), *Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik*, Berlin 2009.
- 3| Vgl. v.a. Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Berlin/Bonn 1984.
- 4| Vgl. Jürgen P. Lang, *Heilige Rosa? Die Luxemburg-Rezeption in der Partei „Die Linke“*, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), S. 900-907.

„FREI IST NUR, WER ES SICH LEISTEN KANN“

Dieses geflügelte Wort ist nicht allein für Linksextremisten wohlfeil. Doch bei ihnen steckt mehr dahinter als man auf den ersten Blick vermutet. Erstens stellen sie damit grundsätzlich in Abrede, dass in einem demokratischen Verfassungsstaat Freiheit als universeller Wert gilt: Ausschließlich die Wohlhabenden kämen in ihren Genuss. Freiheit erscheint so nicht mehr als unteilbare Norm, sondern als Gut, das man sich erst erkaufen muss. Daraus folgt zweitens, dass lediglich bestimmte politische und gesellschaftliche Bedingungen zu wahrer Freiheit führen. Dieses Freiheitsverständnis wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie sich Linksextremisten eine sozialistische Gesellschaft vorstellen. Dabei offenbart ein Blick in die Parteiprogramme durchaus Unterschiede. Bei der DKP etwa kommt der Freiheitsbegriff nicht über eine Befreiung der Arbeiterklasse hinaus. *Die Linke* formuliert dem gegenüber in ihrem Programm universeller, aber etwas redundant: „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.“

Was bei der *Linken* – im Gegensatz zur DKP – auf den ersten Blick als uneingeschränktes Bekenntnis zu einem demokratischen Grundwert daherkommt, entpuppt sich als das Gegen-

teil. Das kleine Wort „durch“ in dem Zitat verrät, dass „Freiheit“, wie *Die Linke* sie versteht, notwendig mit politischen Pflichten (soziale Teilhabe, Solidarität) der Bürger verbunden ist – und letztlich allein in einer anderen Gesellschaft Gültigkeit beanspruchen darf. Die Vorgängerpartei PDS sprach in ihrem Chemnitzer Programm bezeichnend von „Freiheitsgütern“. Das seien etwa Bildung, Kultur, soziale Sicherheit oder Arbeit. „Derjenige, der die Freiheitsgüter zur Verfügung stellt, der Staat, eine Partei oder sonstige letzte Instanzen, entscheiden, was Freiheit ist. [...] Zu Ende gedacht werden dem Staat, um diese ‚Freiheitsgüter‘ zu ermöglichen, unbegrenzte Eingriffsmöglichkeiten gegeben. Diese Logik ist eigentlich nur totalitären Regimen eigen.“¹

Selbst die „Reformer“ in der PDS bzw. der *Linken* sehen Freiheit nicht als politisch neutral an. „Formale Freiheit und Gleichheit“ seien „zwar eine Voraussetzung, nicht aber die Substanz von Sozialismus“,² schrieb PDS-Chefideologe Michael Brie. Spricht dieses Zitat nicht Bände? Umgekehrt wird die Existenz „wahrer“ Freiheit in einem demokratischen Verfassungsstaat verneint. In diesem Zusammenhang spricht Brie von einer „herrschaftssichernden Freiheitsideologie“³ der Kapitalisten. In beiden Fällen ist „Freiheit“ politischen Bedingungen unterworfen und lediglich ein Objekt des ideologischen Kampfes. Ein solches Verständnis reiht *Die Linke* grundsätzlich in das linksextremistische Spektrum ein.

Auch in der Dogmatik der DDR-Staatspartei SED – die sich ab 1989 als PDS in einem demokratischen System behaupten musste – war die „persönliche Freiheit des Menschen immer an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Sie bestimmen den konkreten Rahmen und den Inhalt der Freiheit des Individuums.“⁴ In einer Diktatur konnte das nur heißen: Der Potentat legt fest, was Freiheit zu bedeuten hat. In der DDR wurden der Bau der Mauer 1961, das Ministerium für Staatssicherheit und die politische Justiz zu Symbolen der Unfreiheit und der Missachtung fundamentaler Rechte. Dies sieht anscheinend heute auch *Die Linke* so. Aber selbst in der Gesellschaft, die diese Partei sich vorstellt, wird es keine Freiheit als vorpolitisches Recht geben.

„Was nützt es den Hungernden, wenn sie frei sind?“ Hier bläst der Populist Oskar Lafontaine, erster Chef der *Linken*, in dasselbe Horn wie Extremisten. Seine rhetorische Frage lässt an Zynismus nichts zu wünschen übrig. Elementare Not der Menschen wird instrumentalisiert. Die allgemeine Geringschätzung der Freiheit ist offensichtlich. Dieses Menschen-

recht wird aufgerechnet gegen „sozialistische“ Ideale. So verwundert es nicht, dass für *Die Linke* die Beschneidung der Pressefreiheit in dem links-autoritären Regime Venezuelas kein Problem ist. Und auch das Eingangs-Zitat „Frei ist nur, wer es sich leisten kann“, schlägt in diese Kerbe. Dahinter steckt die Forderung nach sozialer Gleichheit – die am Ende in einer sozialistischen Gesellschaft erzwungen werden muss. In solchen Systemen ist nicht einmal der frei, die sich zu den Privilegierten zählen darf. In einer Demokratie dagegen gilt Freiheit für alle – und dieses durch nichts aufzuwiegende Menschenrecht kann jeder ungestraft auch gegen den Staat einfordern.

- 1| Viola Neu, *Die Linke: eine Volkspartei?*, in: Volker Kronenberg / Tilman Mayer (Hrsg.): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen*, Freiburg im Breisgau 2009, S. 221.
- 2| Michael Brie, *Was hätte Rosa gesagt?*, in: *Utopie kreativ*, 189-190/2006, S. 712 (Hervorhebung nicht im Original).
- 3| Michael Brie, *Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen*, in: *Freitag vom 22. September 2000*.
- 4| Alfred Kosing, *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie*, Berlin 1987, S. 184.

„GELD IST GENUG DA, ES IST NUR UNGERECHT VERTEILT“

Auch das hat man schon aus dem Munde manches Demokraten vernommen. Doch das Zitat ist eines der zentralen Argumente der Linksextremisten, wenn sie die Schaffung völliger sozialer Gleichheit, die Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft und die Enteignung privater Unternehmen verlangen. Dreh- und Angelpunkt ist die Eigentumsfrage. Für Linksextremisten ist sie nicht allein von ökonomischer Bedeutung, sondern auch eine Machtfrage, die nur in einem neuen Staat und in einer neuen Gesellschaft gelöst werden könne. So steht im Programm der *Linken*: „Demokratischer Sozialismus [...] zielt auf grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse.“ Und auch das DKP-Programm spricht von „kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen“. Dabei verrät die DKP einmal mehr ihre marxistisch-leninistische Dogmatik: Die Partei sieht im Privateigentum die „ökonomische Grundlage des Kapitalismus“ und fordert ein Gemeineigentum an Produktionsmitteln. In Kauf genommen wird offenbar, dass in der DDR, wo das Gemeineigentum ökonomisch-ideologisches Grundgerüst war, eine gesellschaftliche Verfügung darüber gar nicht existierte. Allein die politischen Machthaber und die Funktionäre in den Betrieben entschieden über die Verwendung der Produktionsmittel.

Eine reformierte postkommunistische Partei legt dagegen eine differenziertere Ideologie an den Tag. Der *Linken* geht es in ihrem Grundsatmanifest um die „Überwindung der Dominanz kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft [...]“. Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können.“ Weiter heißt es: „Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die [...] sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.“ Hier wird der Eigentumsbegriff entgrenzt und praktisch auf alle Besitzformen angewandt. Wie beim Grundwert Freiheit entscheiden letzten Endes vom Staat oder einer machthabenden Partei festgelegte „Maßstäbe“ auch über persönliches Eigentum.

Die Linke propagiert eine radikale Umverteilung, die mit der Enteignung zunächst der großen Konzerne einhergeht. Gerne verweist die Partei dabei auf das Grundgesetz, das Enteignungen – „zum Wohle der Allgemeinheit“, wie es in Art. 14, Abs. 3 GG heißt – ausdrücklich erlaubt. Sie verschweigt jedoch, dass die ursprünglichen Eigentümer entschädigt werden müssen.¹ In ihrem hochgelobten Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ erblickt die Kommunistin und Vizechefin der *Linken*, Sahra Wagenknecht, in der „grundlegende[n] Veränderung der Eigentumsverhältnisse“² ein Zukunftsmodell. In Wahrheit kommen die Vorschläge aus dunkler Vergangenheit. Mit der Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und privaten Medien, merkt der DDR-Experte Klaus Schroeder treffend an, „begann auch in der SBZ im Sommer 1945 die sozialistische Umwälzung“.³

Wer Eigentum mit Macht verbindet, will nur vordergründig für „mehr Gerechtigkeit“ sorgen. Mit Enteignungen, Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung und einer Umverteilung von oben nach unten wollen Linksextremisten einer Gesellschaft den Weg bahnen, in der „soziale Gleichheit“ herrscht. Dass dies ausschließlich unter Zwang möglich ist, spielt offenbar keine Rolle. In einer Demokratie ist aus diesem Grund eine völlige „soziale Gleichheit“ in der Tat nicht zu haben. Doch einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft sind Solidarität und soziale Gerechtigkeit keineswegs fremd. Mit diesen Werten ist allerdings das – nicht mit dem bloßen Markterfolg zu verwechselnde – Leistungsprinzip verbunden, das individuelle Anstrengungen belohnt.⁴ Wäre das nicht der Fall, versänke jede Gesellschaft in geistiger Agonie und wirtschaftlicher Stagnation. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich der sozialen Marktwirtschaft verschrieben. Dieses Modell vereint beide Prinzipien. „Die Reichen“, die

Linksextremisten so gerne zur Kasse bitten möchten, sorgen dafür, dass möglichst niemand ins soziale Abseits rutscht. Eigentum verpflichtet – so steht es im Grundgesetz. Der Umkehrschluss wäre: Ohne Eigentum keine Verpflichtung. Das sollte nachdenklich machen.

- 1| *Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 54, S. 51-53.*
- 2| *Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus, Frankfurt am Main 2011, S. 320.*
- 3| *Klaus Schroeder, Ein Kind der DDR, in: <http://www.dradio.de/dkultur/lesart/1500058/> (Juli 2011).*
- 4| *Vgl. Stefan Liebig / Meike May, Dimensionen sozialer Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47/2009, S. 3-8; Frank Nullmeier, Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?, in: Ebd., S. 9-14.*

„DER BÜRGERLICHE STAAT IST EIN INSTRUMENT DES KAPITALS“

„Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. Als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie setzt er immer unverblümter eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durch.“ Die „bürgerliche Demokratie“ werde „ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt“. Diese Passage im DKP-Programm ist paradigmatisch für den Demokratie-Begriff der Linksextremisten. Der demokratische Verfassungsstaat – so wird unterstellt – sei zu einem Instrument verkommen, mit dem „das Kapital“ gegen die Interessen einer angeblichen Bevölkerungsmehrheit vorgehe. Auch Demokratie ist für Linksextremisten eine Machtfrage.

Linksextremisten offenbaren ein identitäres Demokratieverständnis, dem im Übrigen auch Rechtsextremisten anhängen: Der freiheitliche Staat sei keine wirkliche Volksherrschaft; er habe sich vom Willen der Bürger entfernt. Wer als Demokrat aus welchem Grund auch immer von „der Politik“ oder „den Parteien“ enttäuscht ist, ist möglicherweise empfänglich für solche Argumente, die dann den Extremisten in die Hände spielen können. Linksextremisten knüpfen gerne an Rosa Luxemburg an, die als Demokratie allein eine sozialistische Volksbewegung gelten ließ und alle Elemente eines Konstitutionalismus verwarf. Auch in der Propaganda der SED waren Gewaltenteilung, Parlamentarismus und

Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik reine Fassade, ein von „Kapitalisten“ inszeniertes Kasperletheater, das ausschließlich die Funktion habe, die „wahren“ Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Verkannt wird dabei, dass allein die formale Trennung von Staat und Gesellschaft die Interessenvielfalt der Menschen berücksichtigt und dennoch – durch Wahlen und Abstimmungen – zu politischen Entscheidungen führt. Linksextremisten wollen dagegen einen einheitlichen Volkswillen erzwingen, der in der Konsequenz allein in einem autoritären System durchgesetzt und aufrechterhalten werden kann.

Der Antagonismus von Demokratie und Diktatur ist für Linksextremisten folgerichtig ohne Bedeutung. Für sie zählt allein der Gegensatz zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Es geht ihnen darum, „den Kapitalisten“ den Staat zu entreißen – durch Klassenkampf, eine Revolution oder eine „Transformation der Gesellschaft“ wie sie die „Reformer“ der *Linken* verfechten. Diese Partei legt zwar eine weniger dogmatische Sicht auf den Staat an den Tag, indem sie sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des gescheiterten „real existierenden Sozialismus“ – zu Gewaltenteilung und Parlamentarismus bekennt. Doch werden diese demokratischen Prinzipien vor allem aus strategischen Erwägungen gutgeheißen.¹ Durch die programmatischen Papiere der PDS und der *Linken* geistert der Begriff der „Demokratisierung“. Sogar von einer „Demokratisierung der Demokratie“ ist die Rede. Diese Forderung klingt zunächst harmlos, selbst wenn man darauf verweist, dass einst auch Revolutionär Lenin eine „Demokratisierung der Staatsordnung“ für die bürgerliche Republik einforderte. *Die Linke* strebt unter diesem Begriff ebenfalls einen Umbau des demokratischen Staates an. Ein Vorstandspapier macht geltend, „gesellschaftliche Solidarität und Verantwortung“ seien „ohne [...] Institutionen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihren Interessen Geltung verschaffen können, nicht erreichbar.“² Das repräsentative System der Bundesrepublik könne das nicht leisten und müsse aus diesem Grund „ergänzt“ werden.

Die Linke strebt einen Umbau der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates an. In ihrem Programm lässt sie die Idee der Räte wiederaufleben: „Die Linke tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch [...] Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein.“ Eine demokratische Legitimation

dieser Gremien etwa durch Wahlen ist nicht vorgesehen. Das erstaunt bei einer Partei, die sich der Basisdemokratie verschrieben haben will. Es sollen daneben ausschließlich jene Interessen Macht im Staat erlangen, die denen des „Kapitalismus“ (vermeintlich) entgegenstehen. Auch das widerspricht allen demokratischen Prinzipien, etwa dem Mehrheitsprinzip. Weiter heißt es: Die Räte „können im Dialog erarbeiten, was [...] als orientierendes allgemeines Interesse angesehen werden soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist.“

Aus alledem spricht ein identitäres Demokratieverständnis. Gerade die in einer Demokratie aus gutem Grund konstitutive Trennung von Staat und Gesellschaft, soll aufgehoben werden. *Die Linke* meint zu wissen, was die Bürger mehrheitlich wollen und leitet daraus eine Art Definitionshoheit ab. Sie will unter den Begriffen Solidarität und Gemeinwohl einen bestimmten Volkswillen konstruieren. Und dieser Volkswille soll „zur Geltung gebracht“, mithin verbindlich festgelegt und damit zum Staatswillen gewendet werden. An einer anderen Stelle des Programms ist etwa apodiktisch von den „Gemeinwohlinteressen“ und ihren Repräsentanten die Rede, deren staatlicher Einfluss gegenüber den Interessen des „Kapitals“ gesichert und institutionell verankert werden müsse. Das ist die klassische linksextremistische Argumentation – und liegt sehr nahe am Demokratieverständnis der Diktaturpartei SED. Für diese war die „sozialistische Demokratie darauf gerichtet, das ganze Volk in die Leitung und Planung des staatlichen [...] Lebens einzubeziehen und damit die echte Volksherrschaft zu verwirklichen.“³

Es zeichnet jedes autoritäre und totalitäre System aus, dass es zwischen Staat und seinen Bürgern eine Identität der Interessen erklärt und durchsetzt. Das gilt es zu bedenken, wenn sich Linksextremisten für direktdemokratische Modelle stark machen. Solche Forderungen müssen nicht auf „mehr Demokratie“ hinauslaufen, sie können auch die Schwächung des Parlamentarismus – als Garant der formalen Trennung von Staat und Bürgern – zum Ziel haben und einem identitären Gesellschaftsmodell und damit einer Diktatur den Weg bahnen.

- 1| Vgl. Jürgen P. Lang, *Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?*, in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 161-179.
- 2| Parteivorstand der LINKEN, *Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik*, Manuskript, 12. April 2008.
- 3| Alfred Kosing, *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie*, Berlin 1987, S. 105.

„DIE DEMOKRATIE IST NUR VON RECHTS BEDROHT“

Dieses Argument wirft vielfältige Paradoxien und Widersprüche linksextremistischen Denkens auf. Dass jemand eine Gefahr für die Demokratie darstellt, weist ihn eigentlich als Extremisten aus. Es mag dabei als logisch, wenn nicht banal erscheinen, dass Linksextremisten die Bedrohung ausschließlich auf der rechten Seite des politischen Spektrums wahrnehmen. Doch die Sache ist – mit Blick auf das linksextremistische Demokratie- und Grundwerteverständnis – komplizierter. Zunächst einmal sind Linksextremisten selbstverständlich keine Anhänger des Extremismusbegriffs, der sich gegen Feinde der Demokratie unbeschadet ihrer politischen Richtung wendet. So versuchten PDS und *Die Linke*, in den Verfassungen des Bundes unter Länder eine sogenannte „antifaschistische Klausel“ zu installieren – was darauf hinausläuft, dass nur Rechtsextremismus inkriminiert und somit der anti-extremistischen Konsens in Staat und Gesellschaft in Frage gestellt wird. In dieselbe Richtung argumentiert die DKP, die es in ihrem Grundsatzprogramm bedauert, dass in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur DDR – die Chance vertan worden sei, eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ zu schaffen.

Die notorische Behauptung, man sei „gegen rechts“, ist durchaus als erweitertes Verständnis von Rechtsextremismus zu verstehen: Rechte Demokraten können auf diese

Weise ebenfalls als Feinde „der Demokratie“ identifiziert und bekämpft werden. Pate steht dabei – ausgesprochen oder unterschwellig – die sogenannte „Dimitroff-Doktrin“. Diese von der *Kommunistischen Internationale* in den 1930er Jahren entwickelte Theorie stellte den „Faschismus“ als Auswuchs eines ums Überleben kämpfenden „Kapitalismus“ dar: Während wirtschaftlicher Krisen wie in der Weimarer Republik lasse die „bürgerliche Demokratie“ ihre „pseudodemokratische Maske“ fallen und verwandle sich in ein „faschistisches“ Regime, das mit aller Härte gegen die Arbeiterbewegung vorgehe. In dieser „Logik“ standen die als „kapitalistisch“ verteufelten freiheitlichen Demokratien in ursächlichem Zusammenhang mit rechten Diktaturen. Und damit gerieten auch rechte Demokraten sowie sämtliche tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Gegner pauschal in Faschismus-Verdacht.

Wer sich die Programme linksextremistischer Organisationen anschaut, stößt schnell auf einen umfangreichen Katalog an Forderungen, die die (angebliche) Beschneidung der „Freiheit“ durch „rechte Kräfte“ beklagen. Vor allem Maßnahmen zugunsten der inneren Sicherheit fallen hierunter – dahingestellt, ob sie politisch gerechtfertigt sind oder nicht. Linksextremisten stehen so als aufrechte Vorkämpfer des Liberalismus da und können sich zum Bewahrer bzw. Retter des demokratischen Verfassungsstaates stilisieren. Dies ist – legt man die im vorangehenden Abschnitt geschilderten linksextremistischen Auffassungen zu Demokratie und Freiheit zugrunde – an Zynismus kaum zu überbieten. Nicht jeder, der sich gegen Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff oder Videoüberwachung wendet, ist ein (besserer) Demokrat.

Entlarvt sich nicht selbst, wer wie *Die Linke* einerseits mit der Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste in die Wahlkämpfe zieht, sich andererseits im Kampf gegen den Rechtsextremismus jedoch auf den Verfassungsschutz beruft und ein Eingreifen staatlicher Instanzen verlangt? „Wer gegen den Abbau demokratischer Rechte polemisiert und immer wieder hervorhebt, niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen benachteiligt werden, und zugleich eine antifaschistische Klausel propagiert, argumentiert doppelbödig. Offenbar geht es ihm nicht um den Schutz der Grundrechte an sich, sondern um den Schutz für eine bestimmte [politische] Richtung.“¹ Linksextremisten setzen „liberale“ – oder, wie es im einschlägigen Jargon heißt: „libertäre“ – Positionen ebenso wie den moralisch hoch aufgeladenen Begriff des „Antifaschis-

mus“, den sie stets wie eine Monstranz vor sich her tragen, zum Kampf gegen den demokratischen Verfassungsstaat ein.

1| Eckhard Jesse / Jürgen P. Lang, *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008, S. 266.

„DIE DDR WAR EIN LEGITIMER STAAT“

„Mit der DDR entstand auf deutschem Boden eine sozialistische Alternative zum deutschen Imperialismus. Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für den Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“ Spricht diese Passage des DKP-Programms nicht der Realität Hohn? Das Schönreden der DDR als soziales und friedliebendes Paradies hat auch mehr als zwanzig Jahre nach ihrem Untergang Konjunktur.¹ Noch immer sind orthodoxe Kommunisten auf eine praktisch vollständige Rechtfertigung der DDR als Diktatur aus, und sie argumentierten weiterhin auf Basis einer marxistisch-leninistischen Geschichtsinterpretation. So heißt es bei der *Kommunistischen Plattform* in der PDS/*Die Linke*: Es „entspricht [...] unserer Überzeugung, dass die Welt [...] um viele Hoffnungen reicher war, als dieser unvollkommene frühe Sozialismus ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhinderte.“² Indem die Plattform also die DDR eine „frühsozialistische“ Gesellschaft nennt, heißt sie die Methoden einer Diktatur gut, galten doch Repressalien gegenüber den Bürgern in der noch nicht „klassenlosen“, „frühsozialistischen“ DDR als gerechtfertigt. Die orthodoxe Argumentation deckt sich eins zu eins mit den Dogmen der SED.

Eine zweite Argumentationslinie der ideologischen Traditionalisten zielt auf die Legitimation kommunistischer Diktaturen als „antikapitalistische“ und „antifaschistische“ Systeme. Die DDR wurde in vollkommener Leugnung historischer Tatsachen als „organischer Bestandteil der deutschen Geschichte“ und als „demokratisch-antifaschistisches Reformmodell“³ bezeichnet, das sich nach 1945 herausgebildet habe. In Wahrheit entstand die DDR keineswegs als Reaktion der Menschen auf den Nationalsozialismus oder gar – wie es die in linksextremen Kreisen virulente „Dimitroff-Doktrin“ unterstellt – als Reaktion auf angebliche kapitalistische Voraussetzungen des Faschismus. Die DDR war nichts anderes als ein Implantat der Sowjetunion auf deutschem Boden. Dennoch: Wenn zum Beispiel die Kommunistin Sahra Wagenknecht die DDR-Diktatur fest im Sozialismus verwurzelt sieht, ist sie ehrlicher als viele Reformsozialisten, deren bisweilen seltsame Argumentationen alles daran setzen, das SED-Regime von dieser Tradition abzukoppeln.

Diese „Reformer“ tun sich immerhin nicht allzu schwer, die DDR als Diktatur zu kritisieren und die fehlende Demokratie des „Arbeiter- und Bauernstaates“ anzuprangern – „Stalinismus“ lautet hier der Schlagetotbegriff. Dennoch sind auch sie – nur scheinbar paradox – auf die Rechtfertigung der DDR aus. So forderte noch Ende 2009 ein Papier der realpolitisch orientierten Parteispitze in Thüringen den Kampf gegen die Delegitimierung der DDR. Deren Gründung sei „der legitime Versuch“ gewesen, „ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen.“⁴ Den Widerspruch aus Verurteilung einerseits, Rechtfertigung andererseits, lösten die „Reformer“ durch eine theoretische Trennung einer „sozialistischen“ (und damit „demokratischen“) Gesellschaft von einem „stalinistischen“ (und damit „diktatorischen“) Regime.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR wartete die von PDS-„Reformern“ dominierte Historische Kommission mit einer Erklärung auf, der in großen Teilen auch nicht-sozialistische Historiker zustimmen konnten. Man erkannte zum Beispiel an, dass sich die Proteste 1953 gegen das System der DDR insgesamt gerichtet hatten.⁵ Doch die Aufständischen wurden pauschal zu aufrechten Sozialisten stilisiert. Das Motiv, eine „stalinistische“ Polit-Kaste habe einen vom Volk gewollten Sozialismus pervertiert, taucht auch in einem Papier sächsischer „Reformer“ auf, das nahtlos an die „Ideale der sozialistischen Bewegung“⁶ in

der Zwischenkriegszeit anknüpfen will. Auch die „Reformer“ stellen sich somit in eine Tradition, die, blickt man auf die KPD unter Stalins willigem Vollstrecker Ernst Thälmann, keineswegs demokratisch war. Sie selbst sehen dies freilich anders, weil sie eine solche – wie sie es nennen – „emanzipatorische Bewegung“ im Sinne Rosa Luxemburgs bereits ohne weiteres mit Demokratie gleichsetzen. So ist es nicht unbedingt ein Zeichen ideologischen Wandels, wenn etwa der Fraktionschef der *Linken*, Gregor Gysi konzediert, dass auch „die ‚friedliche Revolution‘ in der DDR eine Basisbewegung war, die auf Demokratie zielte.“⁷ Reformsozialisten und eingefleischte Marxisten-Leninisten eint die Rechtfertigung der DDR, die für jene allerdings ein schon früh gescheiterter „Versuch“ war, während sie sich für diese stets auf dem richtigen Weg befunden hat. Von der Geschichte widerlegt sind indes alle Versuche von linksextremistischer Seite, die Gründung der DDR als ein vom Volk gewolltes Ereignis darzustellen.

- 1| Vgl. Hubertus Knabe, *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, Berlin 2007.
- 2| Kurt Goldstein u. a., *Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte*, Manuskript, 11. März 2007.
- 3| Ebd.
- 4| Ina Leukefeld u. a., *Thesen für die weitere Entwicklung der LINKEN zur Ausgestaltung einer linken Volkspartei in Thüringen*, Manuskript, 28./29. November 2009.
- 5| Vgl. *Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS, Der 17. Juni – eine spontane Arbeitererhebung*, Manuskript, 25. April 2003.
- 6| *Arbeitsgruppe „Herbst 89“, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR – 20 Thesen zur Diskussion*, Manuskript, Februar 2009.
- 7| Gregor Gysi, *Von der SED zur PDS. Ein Rückblick*, in: *Disput*, November 2009, S. 33.

„KRIEG LÖST KEIN PROBLEM“

Die Linke tritt in ihrem Programm ein „für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. [...] Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden [...]“ Für die DKP – die sich in ihrem Grundsatzmanifest ähnlich pazifistisch gibt – stehen die Kriegstreiber fest. Man müsse den Frieden verteidigen „gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus und gegen die Großmachtspolitik des deutschen und EU-Imperialismus“.

Beide Parteien konstruieren einen messerscharfen Gegensatz zwischen „Imperialismus“ auf der einen, „Frieden“ auf der anderen Seite, der man sich selbst zuordnet. Linksextremisten instrumentalisieren beide Begriffe – der eine negativ, der andere positiv besetzt –, um ideologische Frontstellungen zu errichten: „Imperialistisch“ sind demnach allein „kapitalistische“ Staaten, während ausschließlich „sozialistische“ Länder Friedenspolitik betrieben. Die Wirklichkeit sieht freilich – schon allein, wenn man den Imperialismus der Sowjetunion ins Kalkül zieht – anders aus. Ohne viel Federlesens schieben Linksextremisten den „imperialistischen“ Staaten das Elend der sogenannten Dritten Welt in die Schuhe. Doch haben „Diktatur und Massenarmut in Zimbabwe, Völkermord im Sudan und die Einführung der Scharia in zahlreichen anderen [...] Ländern irgendetwas mit

amerikanischen Weltherrschaftsplänen oder NATO-Konzeptionen für Angriffskriege zu tun?“¹ Hinzu kommt: Wer wie *Die Linke* die „sozialistischen“ autoritären Regime in Südamerika als Zukunftsmodell würdigt, sollte nicht ausblenden, dass diese Staaten keine Apostel der Abrüstung sind. Auch ein Hugo Chávez geht in aller Welt auf Waffenkauf. Mit zweierlei Maß messen Linksextremisten auch bezüglich sogenannter Befreiungsbewegungen. So werden Krieg und Terror plötzlich zu einer gerechten Sache im Dienste des „Sozialismus“.

Dass weder DKP noch *Die Linke* – anders als sie es selbst darstellen – pazifistische Parteien sind, liegt auf der Hand. Den großen Kern der *Linken* im Osten bilden Apologeten der hochgerüsteten DDR. Und die DKP, einst treuer Vasall der waffenstarrenden Sowjetunion, versuchte bis in die 1980er Jahre hinein offensiv, die Friedensbewegung für sich zu vereinnahmen. Heute brandmarken Linksextremisten „vorgebliche Angriffskriege“ westlicher Staaten als „völkerrechtswidrig“. Doch dass solche Interventionen eine moralische Legitimität erlangen können, etwa weil damit Verstöße gegen die Menschenrechte unterbunden werden sollen, wird nicht diskutiert.² Das Verdikt „völkerrechtswidrig“ ist schnell bei der Hand, hält aber meist einer genauen Prüfung nicht stand. Ihr inflationärer Gebrauch gerade in Bezug auf den Afghanistan-einsatz der Bundeswehr – wahrlich kein „Angriffskrieg“ – enttarnt die Bezeichnung als Kampfbegriff. Kaum ein „westlicher“ Militäreinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg war Auswuchs einer „imperialistischen“ Großmachtpolitik.

1| Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 92.

2| Vgl. ebd., S. 94 f.

„GEWALT IST EIN LEGITIMES MITTEL“¹

Das „ungestörte“ Verhältnis mancher Linksextremisten zur Gewalt konterkariert den wider besseres Wissen zur Schau gestellten Pazifismus dieses Spektrums. Dennoch finden sich explizite Befürworter von Gewalt heutzutage nur noch an dessen terroristischen Rändern bzw. bei den sogenannten Autonomen. Blickt man in die programmatischen Dokumente der DKP und der *Linken*, wird schnell klar, dass aus Sicht der beiden Parteien Gewalt immer ausschließlich von einem ideologischen Feind ausgeht, selbst dann, wenn sie gar nicht manifest ist. Diese Argumentation machen sich freilich auch Linksterroristen und Autonome zu eigen. Und sie ziehen daraus die Legitimation, selbst Gewalt anzuwenden. Im Falle des – heute nicht mehr relevanten – Terrorismus etwa der RAF sah das so aus: Der Terror werde dem Staat die demokratische Maske entreißen und sein wahres Gesicht, nämlich den grundsätzlich repressiven Charakter, zu Tage fördern. Eine solche militante Herausforderung des freiheitlichen Staates fußte auf einer diffusen Interpretation des Marxismus-Leninismus, die alle demokratischen Systeme zu bloßen Herrschaftsinstrumenten von „Kapitalisten“ und „Imperialisten“ stempelte.

Die Anwendung von Gewalt ist der gemeinsame Nenner – man könnte fast sagen der Daseinsgrund – der Autonomen-Bewegung.² Gewalt ist für die von jungen Leuten dominier-

ten Autonomen ein Ausdruck eines Lebensgefühls. Sie fördert den Gruppenzusammenhalt und befriedigt jugendliche Abenteuerlust. Autonome erachten Gewalt aber auch als ein notwendiges Mittel der politischen Auseinandersetzung, das sich zunehmend – so verzeichnen es die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre – nicht mehr gegen Sachen, sondern gegen Menschen richtet.³ Die Hemmschwelle, etwa den Sicherheitskräften bei Demonstrationen bewusst Verletzungen zuzufügen, sinkt offenbar beständig.

Es ist der Bewegung der Autonomen wichtig, der Anwendung von Gewalt einen theoretisch begründeten Anstrich der Legitimität zu geben. Das leitende Argumentationsmuster ist die Vorstellung, dass man sich von den Herrschenden die Gewaltfrage nicht vorschreiben lassen dürfe: „Keinen Dialog mit der Macht! Wir stellen nur Forderungen, auf die die Macht entweder eingehen kann oder auch nicht.“⁴ Gewalt wird als „Gegengewalt“ gegen die strukturelle Gewalt des Staates gerechtfertigt und als ein Akt der Selbstbefreiung dargestellt. Sie sei die Keimzelle einer neuen Ordnung. So schreibt der autonome Theoretiker Geronimo, die Geschichte zeige, „dass Gewalt noch immer Geburtshelferin neuer Formen von Gesellschaftlichkeit in politischen Kämpfen und Revolutionen war.“ Gewaltverzicht komme nicht in Frage, denn „der bürgerliche Staat sorge seit 200 Jahren mit Gewalt für Gewaltlosigkeit und hat damit nicht mehr geschaffen als ein Meer von Gewalt.“⁵ Entsprechend äußerte sich die militante *Autonome Antifa (M)* aus Göttingen: „Gewaltfrei ist ein ideologischer Begriff, der im totalen Gegensatz zu autonomer Politik steht.“ Sich darauf einzulassen, „käme einem politischen Selbstmord gleich.“⁶

Wer in einem freiheitlichen System mit gewählter Exekutive dem Staat das Gewaltmonopol streitig macht, gibt sich nicht nur als Gegner eines solchen Gemeinwesens zu erkennen. Er beweist auch, dass er – vom Faustrecht abgesehen – keine Regeln politischer Auseinandersetzung akzeptiert. Willkürherrschaft wäre die Entsprechung. Wer ungestraft Gewalt ausüben will, müsste wie einst die „Faschisten“ zunächst den Rechtsstaat beseitigen. Als die Nationalsozialisten, Feindbild Nummer eins der Autonomen, 1933 ihr Terror-Regime errichteten, machten auch sie Gewalt zum Maßstab der Politik. Es geht nicht an, die monströsen Verbrechen der Nationalsozialisten mit den Taten von Jugendlichen zu vergleichen, die allabendlich in Berlin oder anderswo Autos „abfackeln“. Doch ist das dahinterstehende Politikverständnis nicht erschreckend ähnlich?

- 1| Vgl. u. a. Udo Baron, *Auf dem Weg zur gezielten Gewalt? Verbindungen zwischen Linksautonomen und der Partei DIE LINKE*, in: *Die Politische Meinung*, 5/2010, S. 57.
- 2| Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Militante Autonome. Charakteristika – Strukturen – Aktionsfelder (April 1999)*, in: www.extremismus.com/vs/autonom.htm.
- 3| Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2010*, Berlin 2011, S. 136 f.
- 4| Zitiert nach Jürgen P. Lang / Patrick Moreau, *Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr*, Bonn 1996, S. 376.
- 5| Geronimo, *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Amsterdam 1990, S. 207 f.
- 6| Dokumentation „*Demonstration in Adellebsen/Göttingen*“, Manuskript, 20. März 1993.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Kritik an linksextremistischen Argumentationsmustern bedeutet keine Rechtfertigung von Missständen in einer Demokratie. Jeder darf – und soll – sie öffentlich anprangern. Aber es gibt erhebliche Zweifel daran, dass dies in einer Gesellschaft möglich sein wird, wie sie Linksextremisten anstreben. Kritik an deren Argumentationsmustern bedeutet vor allem Kritik an den radikalen Konsequenzen, die gezogen werden. Praktisch alle von Linksextremisten unterbreiteten Lösungsvorschläge hätten, sollten sie verwirklicht werden, den Bruch mit dem demokratischen Verfassungsstaat und seine Ersetzung durch ein autoritäres System zur Folge. Wie erwähnt spielt der Antagonismus von Demokratie und Diktatur in linksextremistischem Denken keine Rolle. Forderungen nach Frieden, mehr Demokratie, Pluralismus oder Freiheit sind äußerst relativ und entlarven sich meist als strategisches Mittel.

In der politischen Auseinandersetzung verhelfen die kategorische Gegnerschaft zu einer freien Gesellschaft und ein relativ geschlossenes Weltbild Linksextremisten zu Scheinvorteilen. Wer mit Exponenten dieses Spektrums diskutiert, kommt früher oder später darauf, dass sein Gegenüber mit Letztgründen operiert. Jede ins Feld geführte Differenzierung kann dadurch abgeblockt werden. Wer zum Beispiel einwendet, dass es vielfältige Gründe für soziale Ungleichheit, Krieg und Hunger gibt, wird am Ende mit einem solchen singulären Letztgrund konfrontiert werden, etwa in der

Art: „...aber im Kapitalismus ist soziale Gerechtigkeit ja generell nicht möglich“ oder „...daran ist schließlich der Imperialismus schuld.“ Das Schwarz-Weiß der Argumentation entspricht dem Schwarz-Weiß der Ideologie.

Linksextremisten wännen sich in der Rolle einer geistigen Avantgarde. Sie glauben, die wahren Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und die daraus zu ziehenden Konsequenzen gewonnen zu haben. Dieser Glaube führt sie zu der Vorstellung, auch alle anderen Menschen seien prinzipiell zu diesen Einsichten fähig und würden lediglich durch das perfide, von „Kapitalisten“ inszenierte Spiel namens Demokratie daran gehindert. Deshalb meinen Linksextremisten, einen – noch unterdrückten – Willen einer gesellschaftlichen Mehrheit zu vertreten. Insofern sei es legitim, die als „Kapitalismus“ verschriene Demokratie abzuschaffen und ein Gemeinwesen im Sinne dieses angeblichen Gemeinwillens zu installieren. Dass alle Versuche, eine solche „sozialistische“ Gesellschaft zu schaffen, in tatsächlicher Unterdrückung, Disziplinierung und Diktatur endeten, weist diese Ideologie als Irrweg aus.

Der Sturz der kommunistischen Systeme 1989/90 war jedoch auch für Linksextremisten eine Zäsur. Er hat zu ideologischen Modifikationen und zu einer teilweisen Abkehr vom traditionellen Marxismus-Leninismus geführt. Die hier erwähnten Organisationen DKP und *Kommunistische Plattform* sind gesamtgesellschaftlich betrachtet isoliert, wenngleich ihre Ideologie in der Partei *Die Linke* eine Renaissance zu feiern scheint. Generell ist politischer Extremismus – auch von rechts – heutzutage nicht mehr so sehr mit den ideologischen Großentwürfen des Kommunismus Moskauer Prägung oder des Nationalsozialismus verknüpft. Diese Studie hat deshalb reformsozialistische Ansätze einbezogen wie sie ebenfalls in der *Linken* vertreten werden. Sie propagieren einen „demokratischen Sozialismus“, doch ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis zeigt, dass sie weitaus näher an kommunistischen Positionen liegen als an den Werten und Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Der von den „Reformern“ gepriesene „dritte Weg“ zwischen „Kapitalismus“ und „Stalinismus“ ist eine Scheinalternative. Denn auch die Vorstellungen der Reformsozialisten laufen letzten Endes auf ein autoritäres System hinaus.

Notorisch beschwören Linksextremisten eine solidarische Gesellschaft, die es ihrer Auffassung nach in einem „kapitalistischen“ System nicht geben kann. Doch Gesellschaften wie sie Linksextremisten anstreben,

sind – um es vorsichtig auszudrücken – keine, die gut mit abweichenden Meinungen umgehen können. Allein ein demokratisch verfasster Staat, allein eine offene Gesellschaft erlauben es, Missstände öffentlich zu benennen, deren Beseitigung einzufordern und Reformen anzugehen. Aber das ist oft ein mühsamer Weg. Utopien von einer in ihren Interessen gleichgeschalteten Gesellschaft sind schneller bei der Hand. Aber sie verhindern genau das, wofür sie sich angeblich einsetzen: die Freiheit des Menschen. Die Beschneidung dieses Menschenrechts hat noch kein Problem gelöst, keinen Missstand behoben. Eine Demokratie ist eine ewige Baustelle. Eine Diktatur dagegen ein fertiges Gebäude, das keiner mehr gestalten darf. Man kann es nur verfallen lassen – oder einreißen.

DER AUTOR

Dr. Jürgen P. Lang ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freier Publizist und TV-Redakteur in München.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Ronny Heine
Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt und
Leiter des Bildungszentrums Schloss Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Telefon: +49(0)-39245-952-350
E-Mail: ronny.heine@kas.de*

*Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4212
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*